

Regierungsratsbeschluss

vom 31. Oktober 2005

Nr. 2005/2215

KR.Nr. SGB 118/2005 **PB 47**

**Legislaturplan 2005– 2009 und Vollzugskontrolle zum Regierungsprogramm 2001– 2005;
Stellungnahme des Regierungsrates zum Antrag der Fraktion CVP vom 28. September 2005 (Ddi07)**

1. Antragstext

Die Fraktion CVP beantragt folgenden Planungsbeschluss:

In den Legislaturplan 2005– 2009 soll ein weiterer politischer Schwerpunkt aufgenommen werden:
„Öffentliche Sicherheit“.

Wirkungsziel:

- Gewaltprävention an Grossanlässen (Volksfeste, Sportveranstaltungen)

Massnahmen:

- Sichtbare Erhöhung der Polizeipräsenz
- Konsequentes Ausschöpfen des rechtlichen Rahmens gegenüber Gewalttätigen

2. Begründung

Das Sicherheitsgefühl hat für die gute Lebensqualität einen massgebenden Einfluss. Zunehmend muss man aber leider zur Kenntnis nehmen, dass der Umgang unter Jugendlichen vor allem an Grossanlässen von zunehmender Gewalt und Respektlosigkeit geprägt ist.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Gewaltprävention ist eine der Kernaufgaben des Staates. Das angestrebte Ziel, Gewalttaten anlässlich von Grossanlässen möglichst zu verhindern, deckt sich mit unseren Bestrebungen.

Wir stimmen dem Vorstoss auch bezüglich der vorgeschlagenen Massnahmen, einer erhöhten Polizeipräsenz sowie dem konsequenten Ausschöpfen der rechtlichen Möglichkeiten, überein.

Insbesondere zur Umsetzung der ersten Massnahme gilt es zunächst, die erforderlichen personellen Möglichkeiten zu schaffen. Deshalb stimmen wir dem Antrag der Justizkommission vom 1. September 2005, den Strafvollzug, die Polizei sowie generell die öffentliche Sicherheit zu stärken, zu und nehmen die Schaffung der Polizeilichen Sicherheitsassistenten in den Legislaturplan 2005– 2009 auf.

Die Polizeilichen Sicherheitsassistenten könnten für verschiedene geeignete Tätigkeiten eingesetzt werden. Auf diese Weise wird die Polizeipräsenz merklich erhöht. Für weitere Details verweisen wir auf die Stellungnahme des Regierungsrates zum Einspruch gegen die Änderung des Dienstreglements der

Kantonspolizei (VET 040/2005). Derzeit wird eine entsprechende gesetzliche Grundlage im Gesetz über die Kantonspolizei ausgearbeitet.

4. Antrag des Regierungsrates

Zustimmung mit folgendem Wortlauf:

Als neuer Schwerpunkt ist „7. Öffentliche Sicherheit gewährleisten“ mit folgenden Zielen und Massnahmen im Legislaturplan aufzunehmen:

Unter Punkt 7.2. ist das Wirkungsziel „Stärkung der öffentlichen Sicherheit“ mit der Massnahme „Schaffung der Rechtsgrundlage für Polizeiliche Sicherheitsassistenten, um die polizeiliche Präsenz zu erhöhen“ aufzunehmen.



Dr. Konrad Schwaller
Staatsschreiber

Vorberatende Kommission

Spezialkommission

Verteiler

Polizei
Amt für öffentliche Sicherheit
Bau- und Justizdepartement
Aktuarin Spezialkommission (scs)
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat